

Finanzkrise - eine Chance für ein fortschrittliches Europa

Hartmut Elsenhans

Vortrag zur Leipziger Buchmesse am 16. März 2013

Es scheint so einfach:

- Die Staaten machen keine Schulden mehr.
- Die Finanzmärkte können dann die Staaten nicht mehr erpressen.
- Der Euro bleibt stabil weil niemand gegen ihn spekuliert.
- Die Zocker können den Staaten nicht mehr schaden.

Die **hausväterliche Vorstellung** von der Bewältigung der Krise.

- Sie ist falsch.
- Sie ist gefährlich.
- Sie versteht nicht, was Geld ist.
- Sie versteht nicht die Ursache von Schulden.
- Sie weiß nicht, woher Profit kommt.

Wer glaubt, durch Sparen für die Zukunft vorsorgen zu können, macht den Kapitalismus kaputt!

Wer glaubte durch Überschüsse eine Volkswirtschaft dauerhaft zu stärken, zerstört eine freie Weltwirtschaft, und auch die europäische Einheit!

Geld ist kein Wert sondern nur ein Steuerungsinstrument.

Was würde passieren, wenn die deutschen Haushalte ihre Ersparnisse in Nachfrage für reale Güter verwandelten:

Abwertung: massive Importe und Handelsbilanzdefizite: wer würde dann aber das deutsche Geld noch wollen, wenn Deutschland und seine Partner nicht mehr im Umfang der deutschen Handelsbilanzdefizite Güter liefern können?

Inflation, also Vernichtung der Geldzettel.

Geld entsteht nicht aufgrund von Wertschöpfung sondern durch das Banksystem.

Das Banksystem kann einen Geldmultiplikator auslösen:

Jemand geht zur Bank und erhält einen Kredit über 1 Million für ein Projekt. Er kauft dafür Güter und Dienstleistungen. Sein Geld aus dem Kredit landet also wieder auf Bankkonten seiner oder anderer Banken.

Banken wollen Geld weiter verleihen. Gibt es die Kreditnehmer, vergibt die Bank auch Kredite. Kreditnehmer tätigen wieder Käufe. Diese führen wieder zu Bankeinlagen.

Geld ist nicht Wert. Geld ist Steuerungsmittel, wichtig wie das Lenkrad im Auto. Aber wer würde Lenkräder als Räder an das Auto montieren?

Wer spart, hat nur auf Güter verzichtet. Er hat deshalb noch keine Güter produziert.

Er hat nur darauf verzichtet, dass für die Produktion dieser Güter Arbeit und andere Güter verbraucht wurden. Er hat nicht dafür gesorgt, dass die frei werdenden Arbeiter und Güter anderweitig eingesetzt werden.

Er hat keinen Wert geschaffen. Er kann deshalb auch nicht aufgrund einer eigenen Wertschöpfung beanspruchen, in Zukunft auf zukünftig produzierte Werte zuzugreifen.

Aufbewahrungsmittel ist Geld also nur dann, wenn der Ersparnissen die Kreditaufnahme eines in der Zukunft zahlungskräftigen Schuldners gegenüber steht.

Ansonsten ist Sparen nur Konsumverzicht.

Warum haben die Staaten Schulden? Nicht weil wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten!

Wer über seine Verhältnisse lebt, hat mehr konsumiert als er produziert.

Volkswirtschaftlich ist das der Fall, wenn der Staat Geld in solchen Mengen druckt, dass das Angebot zu knapp wird im Verhältnis zum Geld der zu Käufen bereiten Haushalte oder Unternehmen.

Wir hatten keine Inflation im Euroraum.

Offenbar konnte aber ein Teil der Wirtschaftsleistung nur verkauft werden, weil der Staat mehr ausgab, als er von den Privaten als Steuern erhielt.

Bei dieser Übernachfrage von Seiten des Staates trat keine Inflation auf.

Der Staat hat die Geldversorgung der privaten Wirtschaft nicht geknebelt, also die privaten nicht mit Gewalt davon abgehalten, ihre Bedürfnisse am Markt zu befriedigen

Also bleibt nur eine Erklärung:

- Es gab überschüssige Produktionsfaktoren,
- so nützlich wie ein Stück Landebahn hinter dem aufsetzenden Flugzeug, und zwar deshalb weil
- diejenigen, die Geld hatten, Leistungen der realen Wirtschaft im Umfang von deren Produktionsmöglichkeiten gar nicht kaufen wollten.

Das heißt nicht, dass es keine Bedürfnisse gab.

Diejenigen, die Bedürfnisse hatten, besaßen nicht ausreichend Geld.

Diejenigen, die Geld hatten, wollten Geld kaufen, nämlich sparen oder Finanzanlagen tätigen, und nicht Güter und Dienstleistungen der privaten Wirtschaft kaufen.

Durch die Verschuldung des Staates wurde die Nachfragelücke von Seiten der Geld-Besitzenden Privaten ausgeglichen. Die Alternative wäre gewesen: Rezession der Wirtschaft und Verlust von Arbeitsplätzen.

Eine offene Volkswirtschaft kann die Nachfragelücke auch durch Exportüberschüsse schließen.

Dauerhafte Exportüberschüsse führen zur Aufwertung der Währung.

Dauerhafte Überschüsse einer freien Wirtschaft eines gemeinsamen Währungsgebiets können durch Schuldenaufnahmen anderer Teilgebiete ausgeglichen werden.

Der Euro hat die deutsche Wirtschaft vor Aufwertung geschützt. Er hat ihr erlaubt durch Exportüberschüsse die Nachfragelücke in Deutschland zu schließen. Die Reichen wurden in Deutschland vor Rezession bewahrt, weil die anderen, vor allem die schwächeren Mitgliedsländer der Eurozone, bereit waren Schulden zu machen.

Die Schuldenkrise des Südens der Eurozone ist weitgehend durch die Nachfragebeschränkung in den wirtschaftlich starken Gebieten der Eurozone verursacht.

Ohne Euro wäre das Verhalten der wirtschaftlich starken Länder der Eurozone schon längst durch Währungsaufwertung sanktioniert worden und die wirtschaftlich schwachen Gebiete der Eurozone wären durch Abwertung gerettet worden.

Das Verhalten der Geld-Besitzenden in den starken Gebieten der Eurozone wird bestimmt durch ihre Unfähigkeit grundlegende Bedingungen von Kapitalismus zu verstehen.

Deshalb betrachten wir die Grundlagen von Profit.

Profit in der realen Wirtschaft, nicht auf den Finanzmärkten, hängt ab von Ausgaben für netto Investitionen, nicht von der Produktivitätssteigerung, die durch Neuinvestitionen möglich wird. Sie ist ein zweitrangiger Effekt.

Es werden zwei Güterarten produziert,

- **Konsumgüter (C)** und
- **Investitionsgüter (I),**

die das **Volkseinkommen (Y)** bilden.

Zur Vereinfachung vernachlässigen wir den Staatssektor:

Der Staat gäbe so viel aus, wie er als Steuern einnimmt.

Es kann Außenhandel geben, doch nehmen wir an, dass er ausgeglichen wäre und deshalb vom Außenhandel keine Wachstum steigernden Nachfrageimpulse ausgehen.

Mithilfe einfacher Definitionen und algebraischer Umwandlungen ergibt sich:

- (1) $Y = L + P$
- (2) $Y = C + I$

Alle Konsumgüter werden mit Lohneinkommen gekauft, also

- (3) $C = L_c + L_i$

wobei L_c und L_i die Lohnzahlungen in der Konsumgüter- und der Investitionsgüterbranche bezeichnen.

In der Konsumgüterproduktion sind als Einkommen entstanden:

- (4) $C = L_c + P_c$

Ebenso für die Investitionsgüterproduktion:

$$(5) \quad I = L(I) + P_i$$

Aus (3) und (4) folgt:

$$(6) \quad L_i = P_c$$

Aus (5) und (6) folgt:

$$(7) \quad I = P_c + P_i = P$$

Der gesamtwirtschaftliche Profit ist genauso hoch wie die Nettoinvestitionsausgaben.

Netto Investitionen können nur getätigt werden, wenn die Nachfrage steigt, und d.h., wenn die Masseneinkommen steigen, wenigstens solange wie die Arbeitsmärkte durch freien Wettbewerb gekennzeichnet sind.

Die Aufforderungen von wichtigen Verantwortungsträgern (Präsidentin des IWF, deutscher Finanzminister), beim Kampf gegen hohe Reallöhne ein Auge zuzudrücken, spiegeln wider, dass die Umverteilung von unten nach oben in den wirtschaftlich führenden Ländern der Eurozone heute die Konjunktur der Eurozone bedroht.

Die Eurozone benötigt ein Management der Nachfrage:

- Die führenden Wirtschaften müssen ihren Binnenmarkt durch steigende Reallöhne erweitern
- Die Schulden, an denen die führenden Länder dadurch beteiligt waren, müssen vergemeinschaftet werden.
- Den schwächeren Ländern der Eurozone muss durch Entlastung eine Wiederbelebung ihrer Wirtschaft auch von Seiten der Binnennachfrage erlaubt werden, auch wenn die äußere Nachfrage eine wichtigere Rolle spielen wird.

Die Politik der von den führenden Ländern erzwungenen öffentlichen Sparsamkeit führt zu institutionellen Regelungen in der Eurozone von mehr „Gemeinschaft“

Diese Institutionen werden heute geschaffen, um die widerspenstigen unter den Euroländern zur Sparsamkeit zu zwingen.

Mit ihren Eingriffsmöglichkeiten lassen sich aber auch andere Politiken durchführen.

Die Spar-Koalition schafft heute die institutionellen Voraussetzungen für eine andere Politik, die die Gegner der Sparsamkeit gegen die Interessen der großen Unternehmen in Europa schwer hätten durchsetzen können.

Internationale Eingriffe gegen Länder, die ihre eigenen Wirtschaftsprobleme durch Exportüberschüsse lösen wollen, sind nicht neu.

Der Konflikt zwischen Großbritannien und den USA bei der Gründung des IWF ging um die Frage, ob der IWF Länder mit Exportüberschüssen zwingen darf, diese Exportüberschüsse zu nur ganz niedrigen Zinssätzen für die Förderung der Nachfrage in den schwachen Wirtschaften einzusetzen.

Wer wie die amerikanische Wirtschaft 1945 glaubt, dass Geld einen Wert darstelle, muss in einer solchen Enteignung des Überschusslandes eine internationale Ausbeutung sehen.

Wer begriffen hat, dass nur die reale Wirtschaft, aber nicht die Finanzwirtschaft zählen, der wird begreifen, dass solche Eingriffe notwendig sind, weil nur die reale Wirtschaft zählt.

Dazu wird Umdenken notwendig sein. Die Krise der Finanzmärkte ist dafür hilfreich. Viele Menschen begreifen, dass die Geldvermögensbildung auf den Finanzmärkten keine Werte geschaffen hatte.

Wenn die Aktien einbrechen, werden Scheine vernichtet, wie beim Monopoly Spiel.

Werte sind dabei nicht vernichtet worden.

Die Mystifizierung von Geld auf den Finanzmärkten in der heutigen Krise erfordert aber viel umfangreicheres Umdenken:

Sparen ist keine Tugend, wenn die Kosten von Neuinvestitionen in der Wissensökonomie eher gering sind, weil der Fortschritt nicht mehr in Maschinen ist, sondern in den Köpfen der Menschen. Es könnte also sein, dass das Recht auf Sparen rationiert werden muss.

Das ist hochaktuell:

Sollen die Finanzmarkttitel heute durch allgemeine Inflation entwertet werden, wie es sich abzeichnet, oder sollen andere Instrumente, wie zum Beispiel eine einschneidende Besteuerung der Finanzsektoren und Garantien für die Ersparnisse der Masse der Haushalte gesetzlich verankert werden?

Der Kampf um solche gesellschaftlichen Interessengegensätze könnte der Gegenstand einer neuen Welle des Kampfes um ein stärkeres Europa sein.

Wer mehr nachlesen will:

Hartmut Elsenhans:

Kapitalismus global. Aufstieg, Grenzen, Risiken.

Kohlhammer. Stuttgart, 2012,

Seiten 9 – 28 sowie 185 – 226.